

Griechenland: Feuer mit Benzin löschen ?

Hans Kaufmann, Nationalrat, Wettswil

Noch immer glauben EU-Politiker, man könne die Staatsverschuldungskrise in Europa mit neuen Krediten lösen, als ob man Feuer mit Benzin löschen könnte. Nach einer ersten Finanzspritze von EUR 110 Mrd. im letzten Jahr wurde von den EU-Regierungen am 22. Juli 2012 ein neues Hilfspaket in Höhe von EUR 109 Mrd. beschlossen. Weitere EUR 50 Mrd. sollen private Gläubiger wie Banken und Versicherungen durch freiwillige Schuldenerlassen bzw. Umschuldungen zu sehr langen Laufzeiten (bis 30 Jahre) und tiefen Zinsen und Umwandlungsbeträgen (teilweise nur zu 80%) beisteuern. Mit diesen Aktionen sollen die Schulden Griechenlands um 12% bzw. EUR 26 Mrd. reduziert werden. Während Griechenland am Kapitalmarkt z.B. für 10-jährige Staatsanleihen bei über 15% (5.8.) bezahlen muss, soll sich Griechenland für die nächsten 40 Jahre gemäss dem griechischen Finanzminister Venizelos einen Zinsaufwand von unter 5% gesichert haben. Deshalb verwundert auch das Jubilieren des griechischen Finanzministers nicht, der verkündete, dass man nun noch über viel grössere Kreditbeträge verfügen könne und dennoch weniger Zinsen bezahlen müsse. Mit solchen Massnahmen animiert man nicht zu Finanzdisziplin, sondern zu einer Fortsetzung des Schlendrians. Nun haben die EU und der IWF schon so viel Geld in Griechenland gesteckt, dass sie nicht mehr zurückkriechen können und wenn eine weitere Insolvenz droht, bleibt nichts anderes übrig als weiteres gutes Geld schlechtem nachzuschliessen, um das bisherige "Investment" nicht abschreiben zu müssen.

Am Beispiel Griechenland lässt sich aufzeigen, wie realitätsfremd die EU-Regierungen über die Köpfe ihrer Bevölkerung hinweg agieren. Die deutsche Kanzlerin glaubt nicht nur, dass es eine historische Pflicht sei, den Euro zu schützen. Sie verkündet sogar, dass das Geld, das die EU nun nach Griechenland pumpe, überreichlich zurückfliessen werde. Diese Naivität wird höchstens noch von der Arroganz des deutschen Verwalters der EFSF (European Financial Stability Facility, EUR 750 Mrd. Rettungsfonds im Besitz der EURO-Staaten), Klaus Regling, übertroffen, der seinen Landsleuten allen Ernstes weis machen will, dass die Kredite an Griechenland, ein eigentlicher Finanzkolonialismus, ein gutes Geschäft für Deutschland seien. Nicht viel sinnvoller ist die Ansicht des neuen deutschen Wirtschaftsminister Rösler, der im neuen Hilfspaket einen "Marshall-Plan" für Griechenland sieht. Rösler hat offensichtlich nicht begriffen, dass es sich bei Griechenland nicht um den Wiederaufbau zerstörter Produktionskapazitäten und staatlicher Infrastrukturen geht. Im Gegenteil, das Land leidet unter einem aufgeblähten, ineffizienten Staatssektor, unter übermässiger Regulierung und unter einem Lohnniveau, das weit über der Produktivität liegt. Solange diese fundamentalen Schwächen nicht behoben sind, werden auch Investitionen in dieses Land ausbleiben und das EUR-50 Milliarden schweren Privatisierungspaket dürfte auf der Strecke bleiben.

Die "Rettung" Griechenlands ist aber auch ein Paradebeispiel dafür, wie die grossen EU-Länder Deutschland und Frankreich die EU-Gremien dominieren, wie Verträge und Versprechen laufend gebrochen werden, wie EU-Spitzenbeamte über den IWF und Entwicklungsbanken den EU-Krisenländern Finanzhilfen zukommen lassen, die Politik mit Milliardenbeträgen falsche Anreize schafft und Hilfgelder spricht, nur um

die eigenen Pfründe und Sitze zu retten. Aber die Zeit läuft gegen diese Regierungen. Wie haben sie doch anlässlich der Bankenrettungen noch triumphiert: "Die Politik hat das Primat über die freie Marktwirtschaft wieder zurückerobert!" Nun zeigt sich aber, dass ökonomische Gesetzmässigkeiten nicht mit politischen und ideologischen Sprüchen ausser Kraft gesetzt werden können. Endlose Schuldenmacherei endet immer mit Bankrott.

Das Einhalten von Verträgen (Maastricht) und von Versprechungen ist die Basis der freien Marktwirtschaft und die Basis für Vertrauen. Wenn aber gegen 24 von 27 EU-Länder Defizitverfahren hängig sind, dann muss man sich nicht wundern, wenn Bürger ihren Regierungen nicht mehr vertrauen. Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Gläubiger Griechenlands massive Verluste hinnehmen müssen, weil sie den EU-Politikern fälschlicherweise geglaubt haben. Die Regionalwahlen in Italien und Spanien, aber auch die Wahlen in mehreren deutschen Bundesländern lassen vermuten, dass die derzeitigen Regierungen bei den nächsten nationalen Wahlen aus ihren Positionen weggefegt werden, wie dies bereits in Irland und Portugal geschehen ist. Der spanische Ministerpräsident Zapatero hat bereits auf eine Wiederwahl 2012 verzichtet. Die nächsten Krisen sind somit bereits vorprogrammiert, nach der Krise der Sozialwerke folgen die Regierungs- und Staatskrisen mit sozialer Unrast. Damit wird eine Wirtschaftserholung abgewürgt und letztlich bedeutet die erneute Verzögerung der Problemlösungen einen Wohlstandsverlust für alle.

Dennoch glauben immer noch zahlreiche Schweizer Politiker, ein EU-Beitritt wäre für die Schweiz vorteilhaft. Man tut kurz vor den National- und Ständeratswahlen zwar so, als ob ein EU-Beitritt vorderhand nicht in Frage komme, aber in Tat und Wahrheit wird an diesem Ziel festgehalten, von links bis rechts. Wenn man das Abstimmungsverhalten in Bezug auf den Rückzug des EU-Beitrittsgesuches (11.3053 Motion Reimann Maximilian. Rückzug des EU-Beitrittsgesuchs) vom 6. Juni 2011 im Ständerat als Indikator herbeizieht, dann stellt fest, dass von den 41 Abstimmenden nur 8 einen Rückzug des EU-Beitrittsgesuches befürworten. Im Nationalrat wurde die Ständesinitiative des Kantons Schwyz (06.303 Rückzug des Beitrittsgesuches der Schweiz zur EU) vor 2 Jahren mit 108 zu 57 Stimmen abgelehnt. Nebst den 49 abstimmenden SVP-Vertretern befürworteten einzig Filippo Leutenegger, Georges Theiler, Christian Wasserfallen (alle FDP) sowie die CVP-Nationalräte Ruedi Lustenberger, Jakob Büchler, Gerhard Pfister und Reto Wehrli einen Rückzug des Beitrittsgesuches. Wer sich nun kurz vor den Wahlen und angesichts des Desasters in der EU kurzfristig noch von einem EU-Beitritt distanziert, hat die Chance verpasst, den Tatbeweis zu erbringen.

9.8.2011